



10 POLITIK

Hannes Androsch: »Stronach nimmt den Mund zu voll«

KRITIK. Der Ex-Minister Hannes Androsch über Heer, Faymann und Stronach.

Seine Stimme hat in der Republik Gewicht. Der Ex-Finanzminister geht mit der Regierung und mit Parteigründer Frank Stronach hart ins Gericht.

Wien/Indien. Zehn Tage ist Hannes Androsch (74) derzeit in Indien unterwegs. „Es geht uns besser, als uns oft bewusst ist. Denn über unsere Probleme schüttelt man hier in Indien nur den Kopf,“ erzählt der Industrielle gegenüber ÖSTERREICH.

Reformstau. Trotzdem: Der SPÖ-Grande sieht in Österreich einiges im Argen. Vor allem der offensichtliche Stillstand im Land bringt den 74-Jährigen auf die Palme. Und er weiß aus eigener Polit-Erfahrung nur zu gut: Ein Jahr vor der Wahl werden keine großen Reformen mehr angegangen. Bestes Beispiel: seine Mission, eine Bildungsreform auf Schiene zu bringen. „Das Bildungsvolksbegehren wurde im Parlament zwar respektvoll behandelt. Aber es passiert nichts. Mit der Begründung – man muss auf die Machtstrukturen Rücksicht

nehmen“, zeigt sich Androsch ungehalten.

Seine Idee, mit der Heeres-Volksbefragung auch gleich über eine notwendige Schulreform abstimmen zu lassen, wurde von der Regierung abgeschmettert.

Kritik an Stronach. In den letzten Tagen hat Androsch auch mit heftiger Kritik an Frank Stronach und dessen Parteigründung aufhorchen lassen. Vor allem Stronachs Ideen, die Euro-Krise in den Griff zu bekommen, hält der Ex-Finanzminister für absoluten Humbug.



Androsch: »Sexualstraftäter werden vom Gesetz großzügiger behandelt als Josef Martinz.«



Androsch: »Stronach kennt sich im monetären Bereich nicht aus.«

»Werner Faymanns U-Ausschuss-Absage war notwendig«

ÖSTERREICH: Herr Androsch, ein Jahr vor der Wahl – und auch die Politikverdrossenheit ist so groß wie noch nie. Verstehen Sie die Menschen?

HANNES ANDROSCH: Die Verdrossenheit hat zwei Gründe: Wir befinden uns in einer Phase der Aufarbeitung. Es handelt sich nicht um einen beiläufigen Skandal, sondern um eine ganze Kette. Dazu kommt, dass längst überfällige Reformen bei den Universitäten, der Bildung und der überbordenden Verwaltung wegen der Blockade-Haltung nicht passieren. Laut Rechnungshof und Wifo könnte man hier 20 Milliarden Euro einsparen.

ÖSTERREICH: Nächste Woche endet der U-Ausschuss. War Kanzler Faymann schlecht beraten nicht auszusagen?

ANDROSCH: Wer den U-Ausschuss nicht von innen kennt, dem fehlt wahrscheinlich das Verständnis. Nicht vor dem U-Ausschuss auszusagen, war ein notwendiger Schritt von Faymann. Denn der U-Ausschuss wird politisch gerne als Tribunal genutzt. Hier besteht die große Gefahr, dass nicht untersucht, sondern eine Falle gestellt wird. Das kenne ich aus eigener Erfahrung.

ÖSTERREICH: Die Justiz hat den ersten Politiker mit 5,5 Jahren Haft verurteilt. Halten Sie das Urteil für Martinz für angemessen?

ANDROSCH: Für mich ist hier die Verhältnismäßigkeit nicht ganz stimmig. Dass man diese Delikte nicht durchlassen gehen darf, ist keine Frage. Aber Sexualstraftäter werden großzügiger behandelt.

ÖSTERREICH: Nächste Woche

ist der 4. Todestag von Jörg Haider. Wurde der Mythos mit dem Urteil entzaubert?

ANDROSCH: Mich hat Haider nie verzaubert. Ich habe seine Talente geschätzt, aber auch seine skrupellose Irrläufer-Haltung erkannt. Es ist nur ärgerlich, dass man diese solange zugelassen hat.

ÖSTERREICH: Sie setzen sich für ein Berufsheer ein. Wie wollen Sie die Volksabstimmung gewinnen?

ANDROSCH: Mit sechs Monaten Grundwehrdienst kann man keine Professionalität im Heer herstellen – das gilt auch für den Katastrophenschutz. Außerdem ist es nicht einzusehen, dass die Burden in Kasernen ihre Zeit verträdeln, während die in der Wirtschaft gebraucht werden. Auch beim Heer benötigen wir ein neues Dienstrecht. Es kann nicht sein, dass 24.000 Beamte für 11.000 Grundwehrdiener, von denen 3.000 einsatzfähig sind, in der Verwaltung zuständig sind. Es gilt, einen professionellen Zivildienst auf freiwilliger Basis aufzustellen. Die Befürchtungen, es könnte zu Verschlechterungen kommen, sind als unbegründet auszuräumen.

ÖSTERREICH: Was halten Sie von Stronachs Euro-Konzept?

ANDROSCH: Für einen, der sich im monetären Bereich nicht auskennt, gibt er sich allzu vollmundig. Seine private Illusion wäre ein entsetzlicher, wohlstandsvernichtender Rückschritt.

ÖSTERREICH: Sie werfen ihm auch Unglaubwürdigkeit vor...

ANDROSCH: Weil er früher Teil des Systems war: Er hat Politiker aller Couleurs eingekauft, die ihm bei seinen Deals geholfen haben. Mit seinen Ansprüchen ist das nicht vereinbar. (ida)